Medienmitteilung – Bern, 5. November 2026

Ärztekammer verabschiedet Resolution zur Kostenmitverantwortung

Die Versorgung der Schweizer Bevölkerung soll nach medizinischem Bedarf und nicht entlang eines Globalbudgets erfolgen. Das hat das oberste Organ der Ärzteschaft – die Ärztekammer der FMH – heute an ihrer Versammlung bestätigt. Damit lehnt sie klar und deutlich die vom Bundesrat vorgegebene absolute Begrenzung des Anstiegs der ambulanten ärztlichen Gesamtkosten auf 4 Prozent ab.

Die Ärzteschaft bekennt sich zur Mitverantwortung an der Kostenentwicklung, welche durch Ärzte und Ärztinnen mitverursacht werden und übernimmt mit zahlreichen Massnahmen Verantwortung für ein finanzierbares Gesundheitswesen. Insbesondere steht sie zur kostenneutralen Einführung des neuen ambulanten Tarifsystems «TARDOC und Ambulante Pauschalen» und engagiert sich gemeinsam mit den Tarifpartnern für die datenbasierte Weiterentwicklung und verursachergerechte Korrekturen.

Sie kann hingegen nicht für Kostensteigerungen Verantwortung übernehmen, auf die sie keinen Einfluss hat. Daher setzt sie sich gegen die Vorgabe des Bundesrats ein, wonach die Gesamtkosten der ambulanten ärztlichen Leistungen absolut, um nicht mehr als 4 Prozent pro Jahr wachsen dürfen.

Mit ihrer Resolution «Versorgung nach medizinischem Bedarf statt Globalbudget» fordern die Delegierten der Ärztekammer den Bundesrat auf, die starre 4-Prozent-Obergrenze aufzuheben. Denn diese unterscheidet nicht, weshalb die Gesundheitskosten steigen. Führen zum Beispiel höhere US-Zölle zu steigenden Medikamentenpreisen, kann die Schweizer Ärzteschaft dies nicht verhindern. Ebenso können eine alternde Bevölkerung, Epidemien oder die politisch erwünschte Verlagerung von Behandlungen aus dem Spital in den ambulanten Bereich höhere Kosten verursachen. Ein starres Globalbudget trägt keinem dieser Einflussfaktoren Rechnung.

Ein Globalbudget hatte auch die Bevölkerung erst im Juni 2024 in der Abstimmung zur Kostenbremse-Initiative klar mit 63 Prozent Nein-Stimmen abgelehnt.

SIWF: Rückstände abgebaut und Weichen für die Zukunft gestellt

Neben der Abstimmung zur Resolution nahmen die Delegierten der Ärztekammer erfreut zur Kenntnis, dass das Schweizerische Institut für Weiter- und Fortbildung SIWF die bestehenden Rückstände bei der Vergabe der Facharzttitel innerhalb der letzten zwölf Monate abbauen konnte und seit Mitte Jahr wieder nachhaltig auf Kurs ist. Die Titelerteilungen erfolgen wieder innerhalb der regulären Fristen. Gleichzeitig haben die Delegierten grundlegende Weichenstellungen beschlossen, um die Strukturen des SIWF zukunftsfähig auszurichten.

Weiterführende Informationen

Resolution

Auskunft

Bereich Politik & Kommunikation der FMH, Tel. 031 359 11 50, kommunikation@fmh.ch

FMH Verbindung der Schweizer Ärztinnen und Ärzte

Die FMH vertritt als Berufsverband der Schweizer Ärztinnen und Ärzte über 46’000 Mitglieder und als Dachverband rund 90 Ärzteorganisationen. Sie setzt sich für eine allgemein zugängliche, effiziente und qualitativ hochstehende Gesundheitsversorgung ein, die attraktive Arbeitsbedingungen bietet und den Nutzen für die Patientinnen und Patienten sowie die Bevölkerung in den Vordergrund stellt.